

1. „Echte Vielfalt - Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten Schleswig-Holstein“

zu 1 .1

Da auch wir PIRATEN dem Aktionsplan "Echte Vielfalt" zugestimmt haben, halten wir es nach einer Evaluierung seiner Wirkung für sinnvoll, Nachjustierungen vorzunehmen. Dass wir dazu wieder Sachverständige wie den LSVD um Stellungnahme bitten, ist selbstverständlich.

Wenn Sie uns mitteilen, in welcher Form noch mehr Unterstützung als schon vorhanden gewünscht ist - die CDU oder gar die AfD wird man ohnehin nicht gewinnen können - sind wir demgegenüber offen.

zu 1 .2

Ergibt sich aus Punkt 1.1.

2. Queere Geflüchtete in Schleswig-Holstein

zu 2 .1

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Wenn eine derartige Verfolgung im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden. Die Piratenpartei setzt sich für eine Entscheidungspraxis beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein, die von den Betroffenen keinen Nachweis ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung verlangt (wie es im Moment leider oft der Fall ist). Ein solcher Nachweis ist nicht möglich, der Versuch entwürdigend. Die Selbstauskunft der Betroffenen muss genügen.

3. Bildung

zu 3.1

Bereits mit der Entwicklung der sexuellen Eigenständigkeit sollten die verschiedenen Ausprägungen im schulischen Unterricht thematisiert werden. Nur so lassen sich Vorurteile und Diskriminierungen an der Wurzel verhindern. Studien zeigen leider, dass Schulbücher und Unterricht stark heteronormativ sind. Nichtheterosexuelle und queere Lebensweisen und Identitäten müssen auch in Unterrichtsmaterialien auftauchen, um Vielfalt zu zeigen und Respekt zu fördern. Weiterhin halten wir Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungskampagnen, Weiterbildungen und Support von queeren Initiativen für unterstützenswert.

Der Versuch, zumindest Grundschüler über "Sexuelle Vielfalt" aufzuklären, ist bislang in Schleswig-Holstein gescheitert. Der von Sozialministerin Kristin Alheit in Auftrag gegebene Methodenschatz "Echte Vielfalt unter dem Regenbogen" ist bereits zweimal zurückgezogen worden, bevor er an die Schulen ausgeliefert werden konnte. Jetzt wird an einer dritten Version gearbeitet. Ein Erscheinungstermin steht noch nicht fest.

Auch wenn hier sicher noch Details abzuwarten sind, so ist die Grundlage vorhanden, das Thema in den Schulen voranzubringen.

4. Diskriminierungsschutz im Bundesland

zu 4.1

Ja. (ergibt sich quasi aus 9.3)

5. Hassgewalt gegen LSBTIQ*

zu 5.1

Eine Sensibilisierung genannter Gruppen halten wir für durchaus zielführend.

zu 5.2

Eine konkrete Beschlusslage haben wir hierzu zwar nicht, orientieren uns jedoch an der Haltung der Piraten Berlin und sprechen uns somit für die Einrichtung derartiger Wohnungen aus.

zu 5.3

Entsprechende Überlegungen wurden in unserer Arbeitsgruppe Queeraten schon geführt und begrüßt. Daher würden wir uns dafür aussprechen.

6. Familienvielfalt im Norden fördern

zu 6.1

Ja, wir setzen uns für ein gleichberechtigtes und chancengerechtes Leben für alle ein. Das bedeutet auch, dass gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gleichberechtigt als Familie und damit als erziehende Eltern anzuerkennen sind. Wir wollen die vollständige Gleichstellung nicht-heterosexueller Partnerschaften in sämtlichen Rechtsbereichen erreichen.

7. Beratungsstrukturen ausbauen

zu 7.1

Wir sehen beratende Institutionen als Multiplikator und Beratungszentren als wichtigen Partner an und machen und seit jeher auch dafür stark.

8. Vielfalt in Funk und Fernsehen in Schleswig-Holstein

zu 8.1

Ja, dies wurde in verschiedenen Gremien der Medienanstalten bereits verwirklicht und es spricht alles dafür, dies auch noch in den restlichen umzusetzen.

9. Schleswig-Holstein tritt für Respekt und gleiche Rechte in der Bundespolitik ein

zu 9.1: Ja.

zu 9.2

Ja, siehe 6.1. Dies schließt auch unseren Einsatz für ein Adoptionsrecht für alle auf Bundesebene mit ein.

zu 9.3

Ja, ohne wenn und aber. Schon in der Vergangenheit (<http://www.artikeldrei.de/unterstuetzung/parteien>) haben wir uns dafür eingesetzt und werden da weiter hartnäckig sein.

zu 9.4

Ja, das streben wir an. Was das Personenstandsrecht angeht, planen wir einen "Hack": Wir vertreten die Position, dass staatliche Behörden das Merkmal "Geschlecht" überhaupt nicht erfassen sollten. Übergangsweise kann die Erfassung seitens der Behörden durch eine von den Menschen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen, wobei eine Selbsteinordnung auch jenseits von "männlich" und "weiblich" möglich sein muss.

Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist komplett abzuschaffen. Änderungen des eigenen Vornamens sollen unbürokratisch per Antrag möglich sein – unabhängig vom Geschlecht und irgendwelchen Gutachten.
